61. Jahrgang No. 514

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 1. November 1913

Otto, der Abgesetzte, und Hertling, der Königsmacher.

Von einem süddeutschen Politiker wird uns geschrieben:

Otto Wilhelm Luitpold Adalbert Woldemar, geboren am 27. April 1848, König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Franken und Schwaben, Königliche Majestät, lebt seit seinen Jünglingstagen an unheilbarer Geisteskrankheit (Paranoia = Verrücktheit) leidend im Jagdschlößchen Fürstenried bei München von aller Welt abgeschlossen. Der Großmeister des Hubertus- und Georgsordens, des Goldenen Vließes und des hohen Ordens vom Schwarzen Adler liebt es, sich von Nüssen und Haselnüssen zu nähren, weil diese in ihren Schalen zu vergiften recht schwer fällt. Entdeckt er in einem Wandschrank einen Sack Nüsse und Aepfel, Rosinen und Feigen, so erheitert sich sein umdüsterter Sinn; er hockt alsdann stundenlang in einem Winkel, schlägt Nüsse auf und legt Vorräte an, die an sicheren Orten vor seinen Feinden und Verfolgern geborgen werden müssen. Seine Krankheit („Paranoia originaria", von Sander und Magnan beschrieben) kam schon im Feldzug 1870 ans Licht, wo er mit seiner Truppe einen Sturmangriff auf eine Gartenmauer machte. Ueber die Diagnose und den Verlauf dieser Krankheit gibt es unter den Aerzten keinen Streit. Diese primäre Verrücktheit ist stets unheilbar; aber derlei Kranke können (wie der unglückliche Dichter Hölderlin) das Alter von Propheten und Patriarchen erreichen.

Dieser Stand der Dinge mit ihrem unheilbar geisteskranken König war den bayerischen Staatsgelehrten sowohl beim gewaltsamen Tode Ludwigs II. am 13. Juni 1886, als auch beim Tode des einundneunzigjährigen Regenten Luitpold am 22. Dezember 1912 genau bekannt. Der monarchische Sinn der auf Bier und Weißwürste und die heilige katholische Religion eingeschworenen Königsmacher hat nun aber nach 27 Jahren die Entdeckung gemacht, daß der gute Regent Ludwig in seinem 69. Lebensjahr um jeden Preis zum König gemacht werden müsse, obwohl er selber vor zehn Monaten den „bestimmten Wunsch" kundgegeben hatte, „daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werde".

Der Adel und die Hoflieferanten dagegen begehren eine Mehrentfaltung von höfischem Prunk, und der scholastische Philosoph Georg v. Hertling aus Darmstadt und langjährige Reichstagsabgeordnete von Münster in Westfalen, der sich mit seinem ersten Versuch der Königsmacherei zum Weihnachtsfest 1912 gründlich in die Nesseln gesetzt hat, brennt jetzt darauf, den „bestimmten Wunsch" seines Regenten schon nach neun Monaten ins Gegenteil zu verkehren. Der Kenner des Dominikaners Thomas von Aquin (gestorben anno 1274) hat aber im Dezember 1912 seinen Königskandidaten den Eid auf die (nicht ad hoc verbesserte) Verfassung des Königreichs Bayern ablegen lassen. Dadurch ist der Regent Ludwig der Vormund seines kranken Verwandten Otto geworden und hat als solcher die Interessen des königlichen Mündels zu wahren und zu schützen. Jetzt will Freiherr v. Hertling einen König von Gottes Gnaden absetzen und die Regentschaft für beendigt erklären auf Grund eines Rechtsgutachtens, das vor der Eidesleistung des Regenten und vor der Uebernahme der Vormundschaft durch den Prinzen Ludwig abgegeben worden ist. Freiherr Georg v. Hertling schädigt damit das Ansehen und die Bedeutung des künftigen Königs Ludwig III. enorm, wenn der Vormund die Interessen seines Mündels zur Erhöhung seines eigenen Ansehens opfern muß, um nach dem goldenen Reif der Wittelsbacher greifen zu können.

Der weiland päpstliche Unterhändler, der alle Rechte der Staatshoheit bei Schaffung der katholisch-theologischen Fakultät an der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg im Elsaß kalten Herzens preisgab und sich von dem fizilianischen Staatsmann Mariano Rampolla del Tindaro gründlich übers Ohr hauen ließ, er besitzt bei Lösung staatsrechtlicher Fragen eine sehr unglückliche Hand . . .

Mexikanische Greueltaten.

47 Mann einer Polizeiabteilung zu Tode gemartert.

(Telegraphischer Bericht.)

New-York, 31. Oktober.

Nach einer Meldung aus Mexiko haben 700 Mann Regierungstruppen nach neuntägigem Marsche von Laredo aus Monterey erreicht. Die Rebellen, die mehrere Tage lang Monterey angegriffen hatten, wurden aus der Umgebung der Stadt vertrieben. – Gestern ist der erste zuverlässige Bericht über die Vernichtung von Eisenbahnmaterial durch die Rebellen in Monterey eingetroffen. Hiernach sind die Werkstätten und Lokomotivschuppen, 657 teilweise beladene Güterwagen, drei Personenwagen und 17 Lokomotiven vollständig verbrannt oder zerstört. Sieben große Geschäftshäuser in Monterey, die mehrere Tage hindurch infolge des Angriffes der Rebellen geschlossen waren, haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. — Nach einem Telegramm aus San Luis Potosi in Mexiko hat eine Gruppe von Rebellen 47 Mann einer 50 Mann starken Polizeiabteilung, die zum Schutze einer in der Nähe liegenden Farm ausgesandt worden war, gemartert und getötet.

Bundesrat und Jesuitenfrage. Wie man uns aus Bundesratskreisen schreibt, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß während der nächsten Reichstagstagung die Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes von neuem im Parlament angeschnitten werden wird. Da der Bundesrat zu allen ihm übermittelten Beschlüssen des Reichstags Stellung zu nehmen hat, so ist auch über den im vorigen Jahre angenommenen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes von ihm Beschluß zu fassen. Der Antrag ist denn auch bereits vor längerer Zeit den Bundesratsausschüssen zugewiesen, die sich aber mit der Frage bisher noch nicht befaßt haben. Das Plenum des Bundesrats hat demgemäß eine Stellungnahme zu dem Antrag noch nicht genommen, und es ist fraglich, ob dies auch in nächster Zeit geschehen kann. Zu erwarten ist, daß nach der bisherigen Stellungnahme der Mehrheit der Bundesstaaten mit einer Aufhebung des Gesetzes zurzeit jedenfalls nicht zu rechnen ist, so daß eine Aenderung des bisherigen Standpunktes nicht in Frage steht.

Kurze Chronik.

Der französische Budgetausschuß nahm einstimmig einen Beschlußantrag an, in dem er sich grundsätzlich für die sofortige Erhöhung des Soldes der Offiziere und Unteroffiziere und auf Antrag des früheren Kriegsministers Messimy für die Verjüngung der Cadres ausspricht.

Aus Jekaterinoslaw wird berichtet, daß in dem Bezirk Kyschtym ein neues großes Lager von Kupfererzen aufgefunden worden ist.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist in den russischen Distrikten Skobelew, Kokan, Namangan, Andischan und Osch Probemobilisation angeordnet worden.

Der frühere Ministerpräsident Maura hat einem Mitgliede der konservativen Partei erklärt, daß seine Rolle als Führer der Konservativen beendet sei. Maura ist einstimmig zum Präsidenten der königlich spanischen Akademie gewählt worden.

Herzog Ernst Augusts Regierungsantritt.

(Telegraphischer Bericht.)

Braunschweig, 1. November.

Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen heute in einer Sonderausgabe das Patent des Herzogs Ernst August zu Braunschweig-Lüneburg, das in dem üblichen mittelalterlichen Kurialstil folgenden Wortlaut hat:

Von Gottes Gnaden, Wir Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, tun hiermit kund und zu wissen: Nachdem die Hindernisse, welche seit dem Ableben des hochseligen Herzogs Wilhelm der Ausübung der Regierung des Herzogtums seitens der Berechtigten aus dem fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg entgegenstanden, durch Gottes gnädige Fügung in beglückender Weise beseitigt sind, haben Wir die uns durch den hochherzigen Verzicht Unseres innigst geliebten durchlauchtigsten Vaters, des Herzogs Ernst August, Königliche Hoheit, angefallene Regierung des Herzogtums mit dem heutigen Tage angetreten.

Es drängt Uns zunächst, dem Gefühle tiefer Dankbarkeit Ausdruck zu geben, gegenüber dem hochseligen Prinzen Albrecht von Preußen, Königliche Hoheit, und gegenüber Seiner Hoheit dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg usw., dem erlauchten Regenten des Herzogtums, die getreu ihrer Zusage beim Antritt ihrer Regentschaft das Wohl des herzoglichen Landes stetig und kräftig gefördert und Uns die Uebernahme und die Erfüllung Unserer hohen und schweren Pflichten in allen Wegen erleichtert haben.

Wir versichern sodann bei Unserem fürstlichen Worte, daß Wir die Landesverfassung und alle ihre Bestimmungen beobachten, aufrechterhalten und beschützen wollen. Als deutscher Fürst werden Wir stets in unerschütterlicher Treue zum Reiche und seinem erhabenen Oberhaupte stehen und im Verhältnisse zu Unseren hohen Verbündeten alle zeit Unsere Verpflichtung erfüllen, die Uns durch die Reichsverfassung und die ihr zugrunde liegenden Bündnisverträge auferlegt sind.

Wir geloben auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit und Fürsorge alle Unsere Kräfte dem Wohl des Landes zu weihen und bitten Gott um seine gnädigen Beistand, damit Unsere Regierung dem Herzogtum zum Segen gereiche.

Mit hoher Freude haben Wir aus vielseitig bedeutungsvollen Anzeichen entnommen, daß die Herzen der Braunschweiger Uns und der Herzogin, Unserer vielgeliebten Gemahlin, entgegenschlagen. Auch Unsere Herzen empfinden warm für das Braunschweiger Volk. Wir hoffen zuversichtlich, daß auf diesem Gefühle ein unzerstörbares Band gegenseitiger Liebe und Treue erwachsen werde. Wir erwarten andererseits von erfahrenen Beamten und allen Geistlichen und fernerweit von allen Angehörigen des Herzogtums, daß sie Uns als ihrem rechtmäßigen Landesherrn Treue und Gehorsam erweisen und Uns nach Kräften in der Erfüllung Unserer Pflichten zur Wohlfahrt der Gesamtheit unterstützen werden. Wegen Ableistung der verfassungsmäßigen Huldigung erfolgen die erforderlichen besonderen Verfügungen.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift mit beigedrucktem Siegel.

Gegeben Rathenow, am 1. November 1913. (Unterschrift.)

Ernst August.

Hartwieg. Wolff. Radkau.

*

Herzog zu Braunschweig, bisher Rittmeister und Eskadronchef im Husarenregiment v. Zieten (Brandenburgisches) Nr. 3, ist aus Anlaß seines Regierungsantritts zum Oberstes à la suite des Regiments ernannt; er wird außerdem an der Spitze und in den Listen des Braunschweigischen Infanterieregiments Nr. 92 und des Braunschweigischen Husarenregiments Nr. 17, deren Uniform er anlegt, geführt.

Eine Absage Bulgariens. Wie ein Telegramm aus Sofia meldet, stellt die „Agence Bulgare" fest, Rußland habe in Sofia keinerlei Schritte zur Anbahnung der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien gemacht, und fügt hinzu, angesichts der gegenwärtigen Lage, wo gegen die bulgarische Bevölkerung Mazedoniens durch die Schließung von Schulen und Kirchen und durch Belästigung von Priestern und Lehrern vorgegangen und Grenzzwischenfälle hervorgerufen würden, könne an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen für längere Zeit wohl nicht gedacht werden.

Die Zossener Grundstücksaffäre vor Gericht.

Der gestern vertagte Prozeß gegen den Schriftsteller Max Sebald wegen Beleidigung des Wirklichen Geheimen Kriegsrat Selle wurde heute vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I fortgesetzt. Als Zeugen sind heute geladen: Generalmajor v. Loebell, Bürgermeister Dr. Wirth, Pastor Stier, Professor Hentig, Amtsvorsteher Karl Richter-Sperenberg, Senatspräsident Queck, Major v. Thaer und Intendanturrat Bold.

Vor Eintritt in die Verhandlung gibt der Angeklagte eine Erklärung ab, in der er gegen eine gestern erfolgte Bemerkung des Geheimrats Selle

Protest erhebt.

Der Zeuge habe gesagt, er, Sebald, „sei ihm zu unbedeutend usw. — —", hiergegen müsse er protestieren. Der Vorsitzende erklärt, daß die Aeußerung in dem von dem Angeklagten wiedergegebenen Sinne nicht gefallen sei. Rechtsanwalt Bahn: Jawohl, die Aeußerung ist in der Presse völlig richtig wiedergegeben. Der Angeklagte wird durch derartige Bemerkungen in seiner Verteidigung irretiert, ich bitte deshalb den Angeklagten gegen derartige Angriffe zu schützen.

Staatsanw.-Rat: Der Angeklagte hat hier gestern davon gesprochen, daß Herr Geheimrat Selle durch eine dritte höherstehende Person irregeführt worden sei. Will der Angeklagte diese Person nennen? — Angekl.: Da der Landrat v. Achenbach gegen mich Strafanzeige erstattet hat, möchte ich mir die Beantwortung dieser Frage für diesen Prozeß vorbehalten.

Staatsanwalt: Es ist ferner gestern hier die Behauptung aufgestellt worden, daß die Geheimen Kriegsräte Schindler und Ahrends, die eines plötzlichen Todes verstorben seien, in Beziehungen zu den Grundstücksangelegenheiten in Zossen gestanden hätten. Ich habe hier eine Erklärung des Kriegsministers, aus der hervorgeht, daß Schindler als Intendant des 18. Armeekorps in den Ruhestand getreten ist. Er ist dann nach Friedenau gezogen und hat hier einen Schlaganfall erlitten, der ein anhaltendes Leiden zur Folge gehabt hat, dem er schließlich dadurch ein Ende bereitet hat, daß er

Hand an sich legte.

Schindler hat dienstlich nicht das geringste mit den Zossener Dingen zu tun gehabt. Wenn der Angeklagte nun noch irgendwelche Vermutungen daran knüpfen will, so kann er es tun. Ebenso hat der Geheimrat Ahrendts nicht das geringste mit den Zossener Grundstücksachen zu tun gehabt; er ist am 24. August 1913 an den Folgen eines Krebsleidens verstorben. Wenn er auch hieran irgendwelche Behauptungen knüpfen will, so überlasse ich es dem Angeklagten.

R.-A. Bahn: Es ist nicht von uns behauptet worden, daß die beiden Herren in irgendeiner Weise an den unlauteren Spekulationsgewinnen beteiligt gewesen seien. Tatsache ist jedoch, daß beide Herren, als der Angeklagte eine Beschwerde an das Kriegsministerium richtete,

plötzlich verstarben.

Im Kreise Teltow waren außerdem seit langem Gerüchte verbreitet, daß beide Herren mit der Sache zu tun gehabt hätten. — Staatsanwalt: Der Herr Verteidiger könnte etwas vorsichtiger sein in seinen Angaben.

R.-A. Bahn (unterbrechend):

Ich brauche den Rat des Herrn Staatsanwalts nicht;

ich weiß allein, wie ich mich vor Gericht zu verhalten habe und wie weit ich im Interesse meines Mandanten gehen muß. — Als erster Zeuge wird der

Generalmajor a. D. v. Loebell

vernommen. Der Zeuge verneint die Frage, ob, bevor das Kriegsministerium mit dem Plane hervortrat, das Zossener Gelände zu erwerben, dort Truppenübungen usw. abgehalten worden seien. Der Zeuge wiederholt sodann den Inhalt eines Gesprächs, das er mit dem Pastor Stier seinerzeit gehabt hatte. Pastor Stier sei zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß er im Interesse seiner Gemeinde tätig sei. Es sei dann davon gesprochen worden, daß bei derartigen Terrainkäufen nicht alles rein zugehe; als Stier aber die Namen höherer Beamter nannte, habe er, Zeuge, ihm sofort gesagt, daß er mit solchen Vorwürfen, die er nie beweisen könne, sehr vorsichtig sein müsse. Er habe ihm geraten, nicht gegen alle diese Personen vorzugehen, sondern lieber nur einen herauszunehmen, zum Beispiel den Kommissionsrat Richter in Sperenberg, der, wie Stier behaupte, durch Verwandte Land gekauft und dann an den Fiskus mit großem Gewinn weiterverkauft habe; trotzdem er vom Kriegsministerium als Vertrauensperson eingesetzt worden war.

Er, Zeuge, habe dem Pastor Stier dann geschildert, wie überhaupt derartige Verhandlungen in die Wege geleitet würden. Pastor Stier, der in Geschäftssachen offenbar sehr wenig weltklug war, habe dann auch seine Ansicht bezüglich der Beamten des Kriegsministeriums geändert. Er, Zeuge, habe immer den Standpunkt vertreten, daß durch jene Spekulantengewinne der Staat schwer geschädigt sei, jedoch sei nicht festzustellen, daß die Leute durch Beamte des Kriegsministeriums vorhr informiert worden seien.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Bahn erklärt der Zeuge, daß erst, nachdem das Generalkommando des Gardekorps sich schlüssig geworden war, das Kriegsministerium sich der Sache angenommen habe.

Rechtsanwalt Bahn: Wie kommt es denn aber, daß

die Herren, die dort spekuliert haben

— es sind, nebenbei, alle Mitglieder des Kreistages — gerade diejenigen Terrains angekauft haben, die für den Fiskus besonders wichtig waren? — Zeuge. Die Bauern, die um ihre wohlverdienten Gewinne gebracht sind, insbesondere Herr Pastor Stier, der für sie eingetreten ist, tun mir aufrichtig leid. Es ist nur so zu erklären, daß die betreffenden Spekulanten Informationen erhalten haben müssen. — Rechtsanwalt Bahn: Es ist besonders auffällig, daß zum Beispiel aus dem Jagdgut des Senatspräsidenten Queck gerade die Stellen herausgekauft worden sind, die später für das Kriegsministerium von besonderer Wichtigkeit waren.

Ferner ist uns bekannt geworden, daß Herr Geheimrat Selle aus der nächsten Umgegend von Zossen stammt und auch dort Verwandte von ihm ansässig sind. Ist dem Herrn Zeugen vielleicht bekannt, daß Pastor Stier in einer Eingabe an das Kriegsministerium erklärt hat, „der Geheimrat Selle sei in seinen Angaben bis an die Grenze der Wahrheit gegangen?" — Zeuge: Jawohl, etwas derartiges ist mir mitgeteilt worden. — Rechtsanw. Bahn: Außerdem hat Pastor Stier in einer Eingabe